

Rudolf, Peter

**Research Report**

## Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung: Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin

SWP-Studie, No. S 2/2011

**Provided in Cooperation with:**

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

*Suggested Citation:* Rudolf, Peter (2011) : Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung: Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin, SWP-Studie, No. S 2/2011, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252760>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## **SWP-Studie**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Peter Rudolf*

# **Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung**

Analyse und Kritik der  
Counterinsurgency-Doktrin

S 2  
Januar 2011  
Berlin

**Alle Rechte vorbehalten.**

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung (*peer review*). Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN 1611-6372

# Inhalt

5	Problemstellung und Schlussfolgerungen
7	Komplexes COIN: Kernelemente
9	Selektive Erfahrungen als Grundlage
11	Problematische theoretische Prämissen
14	COIN und Staatsbildung
16	COIN und Gewalteininsatz
18	Die Bilanz von COIN: Ungewisse Erfolgsaussicht
20	Fazit
20	Abkürzungen

*Dr. Peter Rudolf ist Leiter  
der SWP-Forschungsgruppe Amerika*

### **Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung Analyse und Kritik der Counterinsurgency-Doktrin**

Über die Nato und über die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan ist Deutschland strategisch und operativ in die Umsetzung der Doktrin integrierter zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung (COIN) eingebunden. In dem im November 2010 verabschiedeten *Strategischen Konzept* bekundet die Nato die Absicht, »Doktrin und militärische Fähigkeiten für expeditionäre Operationen weiterzuentwickeln, darin eingeschlossen Counterinsurgency-, Stabilisierungs- und Wiederaufbau-Operationen«. Im *Operations Plan (OPLAN) 38303* (in der vierten Revision vom 25. September 2009) werden »umfassende, bevölkerungszentrierte Counterinsurgency-Operationen« als eine der Aufgaben von ISAF benannt. COIN ist mehr als eine Militärdoktrin; sie versteht sich als ein umfassendes Konzept für den Einsatz militärischer, politischer, wirtschaftlicher und propagandistischer Mittel in einem asymmetrischen kriegerischen Konflikt, in dem Regierung und Aufständische um die Kontrolle über die Bevölkerung konkurrieren. Nicht nur in Deutschland wird die immer auch Opfer unter der Bevölkerung fordernde »feindzentrierte«, von Gewaltanwendung gekennzeichnete Seite des Konzepts gern ausgeblendet und eher deren »bevölkerungszentrierte« Dimension betont. Bei dieser geht es vor allem darum, über die Gewährleistung von Sicherheit und gutem Regieren die Masse der Bevölkerung zu der Einsicht zu bewegen, dass eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung in ihrem rational kalkulierten Eigeninteresse liegt.

In der Studie wird die idealtypisch rekonstruierte COIN-Doktrin im Hinblick auf die Plausibilität der ihr zugrundeliegenden Annahmen und die sie stützende Evidenz analysiert und bewertet. Es geht dabei nicht darum, zu beurteilen, inwieweit die Doktrin gegenwärtig in Afghanistan umgesetzt wird. Beabsichtigt ist auch nicht, konkrete politische Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Vielmehr soll durch eine Konzeptevaluation eine überfällige breitere Debatte über die COIN-Doktrin in Deutschland angestoßen werden. Scheitert der Ansatz in Afghanistan, so werden die Befürworter dies darauf zurückführen, dass der lange Atem, die politische Unterstützung und ein effektiver ziviler Beitrag fehlten. Vielfach wird es heißen: Die COIN-Doktrin sei an sich richtig, wurde bislang aber

nirgendwo wirklich umgesetzt. Doch – und das ist die Kernthese dieser Arbeit – die Doktrin selbst ist problematisch. Sicher, manche Elemente sind auf operativer und taktischer Ebene zweckmäßig; das erklärt ihre Attraktivität für militärische Organisationen und die Tendenz, die COIN-Doktrin zu dogmatisieren. Als eine die Komplexität reduzierende »Theorie« hat sie indes fundamentale Schwachpunkte.

*Erstens* verdrängen ihre Protagonisten deren geistige Verwurzelung im sozialtechnokratischen Optimismus der Modernisierungstheorien. Dieser lebt in der Annahme fort, bei ausreichendem Einsatz von Ressourcen und einem langen Atem lasse sich im Grunde überall ein effektiver, von der breiten Mehrheit der Bevölkerung als legitim anerkannter Staat aufbauen. Und dieser Staat könne über die Bereitstellung öffentlicher Leistungen, darunter insbesondere Sicherheit, in der bewaffneten politischen Konkurrenz mit den Aufständischen die Loyalität der Bevölkerung gewinnen.

*Zweitens* finden sich im COIN-Diskurs fragwürdige theoretische Prämissen und inhärente strategische Probleme, die eher ignoriert als thematisiert werden. Wirtschaftliche und politische Modernisierungsprozesse, die als Allheilmittel für die Entschärfung angenommener Grundursachen eines Aufstandes gelten, müssen keineswegs stabilisierend wirken; sie können vielmehr eine geradezu gegenläufige Dynamik in Gang setzen. Ein von externen Unterstützern und bedrohter Regierung geteiltes Interesse an Reformen kann nicht zwangsläufig angenommen werden. Doch die Möglichkeiten, auf eine Klientelregierung Einfluss zu nehmen, deren Machterhalt als alternativlos gilt, sind sehr begrenzt, zumal wenn die Gefahr einer Niederlage am größten ist.

*Drittens* neigen die Befürworter von COIN dazu, die aller historischen Erfahrung nach bestehende Unsicherheit der Erfolgsaussichten zu verdrängen und in einer fragwürdigen, selektiven Interpretation einige Fälle als vermeintliche Erfolge hervorzukehren. Dabei gilt es nüchtern anzuerkennen: Die empirische Bilanz insbesondere jener Fälle, in denen eine externe Macht der wichtigste COIN-Akteur war, bietet wenig Anlass zu Optimismus.

## Komplexes COIN: Kernelemente

Die COIN-Doktrin wurde zunächst 2006 im *Counterinsurgency Field Manual*<sup>1</sup> der US-Armee und des Marine Corps und dann Anfang 2009 im *U.S. Government Counterinsurgency Guide*<sup>2</sup> kodifiziert und hat sich in der Nato-Diskussion und im Ansatz von ISAF niedergeschlagen.<sup>3</sup> Sie versteht sich als konzeptioneller Rahmen für einen asymmetrischen kriegerischen Konflikt zwischen einem staatlichen und einem oder mehreren nichtstaatlichen Akteuren, in dem die staatliche Seite militärische, wirtschaftliche, politische und propagandistische Mittel einsetzt, um eine bedrohte Regierung an der Macht zu halten. Guerillakriegführung, politische Mobilisierung und Terrorismus im Sinne gezielter, politisch motivierter Gewalt gegen Zivilisten sind die vorrangigen Instrumente von Insurgenten, deren Ziel – im Unterschied zu rein terroristischen Gruppen – die Kontrolle über ein bestimmtes Territorium ist. COIN im Sinne der hier diskutierten Doktrin verbleibt im Rahmen eines solchen territorialen Paradigmas.<sup>4</sup>

Counterinsurgency ist nach vorherrschendem Verständnis eine »Mischung aus umfassenden zivilen und militärischen Anstrengungen, die darauf angelegt sind, den Aufstand einzudämmen und gleichzeitig dessen Grundursachen [root causes] anzugehen.«<sup>5</sup> Als

»extrem komplexes Unternehmen« zielt COIN strategisch vor allem auf die Bevölkerung, deren Unterstützung es zu gewinnen gilt, auch um die »Legitimität« einer Regierung zu verstärken. COIN ist im Grunde eine »bewaffnete politische Konkurrenz« mit den Aufständischen, die an den Rand gedrängt werden sollen. Ziel ist es, die Regierung des betroffenen Landes zur »Kontrolle« über die Bevölkerung und den Feind zu befähigen. Diese Zielsetzung unterscheidet COIN von Friedensoperationen, auch wenn die Doktrin einige Elemente mit dem in den Vereinten Nationen entwickelten Verständnis von *Peacekeeping* teilt, insbesondere die Betonung der Sicherheit der Bevölkerung und der Notwendigkeit eines umfassenden integrierten Ansatzes.<sup>6</sup> COIN beruht in den meisten Fällen auf einer Mischung aus einem »feindzentrierten« und einem »bevölkerungszentrierten« Ansatz, die sich je nach Situation ändern kann. Charakteristisch für den COIN-Ansatz sind somit folgende Komponenten:

»Um das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen, ist es zentral, die Qualität des Regierens [governance] durch politische Reform, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit [rule of law] und, wenn angemessen, wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Gleichzeitig sollte eine Mischung aus Diplomatie und Verhandlungen, aus Polizeimethoden, nachrichtendienstlicher Arbeit und militärischen Aktivitäten gewaltsamer und nichtgewaltsamer Art eingesetzt werden, um die Aufständischen zu zerstören, einzudämmen, zu marginalisieren oder zu kooptieren. Wirkungsvolles COIN beinhaltet daher eine sorgfältige Balance zwischen konstruktiven Dimensionen (Aufbau einer effektiven und legitimen Regierung) und destruktiven Dimensionen (Zerstörung der Aufstandsbewegung).«<sup>7</sup>

1 Department of the Army, *Counterinsurgency Field Manual* No. 3-24, 15.12.2006, <[http://usacac.army.mil/cac2/coin/repository/FM\\_3-24.pdf](http://usacac.army.mil/cac2/coin/repository/FM_3-24.pdf)> (Zugriff am 7.12.2010).

2 United States Interagency Counterinsurgency Initiative, *U.S. Government Counterinsurgency Guide*, Januar 2009, <[www.state.gov/documents/organization/119629.pdf](http://www.state.gov/documents/organization/119629.pdf)> (Zugriff am 7.12.2010).

3 Siehe etwa COMISAF's *Counterinsurgency Guidance*, 1.8.2010, <[www.stripes.com/polopoly\\_fs/1.113197.1280774784/menu/standard/file/COMISAF's%20COIN%20Guidance,%201Aug10.pdf](http://www.stripes.com/polopoly_fs/1.113197.1280774784/menu/standard/file/COMISAF's%20COIN%20Guidance,%201Aug10.pdf)> (Zugriff am 25.1.2011); Supreme Allied Commander Europe/Supreme Allied Commander Transformation, *Bi-SC Joint Operational Guidelines 10/01 Counterinsurgency (COIN)*, Mai 2010.

4 Manche COIN-Experten sprechen darüber hinaus von einer globalen, territorial entgrenzten jihadistischen Aufstandsbewegung, auf die Kategorien des traditionellen Counterinsurgency-Denkens nur begrenzt anwendbar seien. Siehe David Kilcullen, *The Accidental Guerilla: Fighting Small Wars in the Midst of a Big One*, Oxford/New York: Oxford University Press, 2009.

5 *U.S. Government Counterinsurgency Guide* [wie Fn. 2], S. 2.

6 Siehe Karsten Friis, »Peacekeeping and Counter-Insurgency – Two of a Kind?«, in: *International Peacekeeping*, 17 (Februar 2010) 1, S. 49–66.

7 »Central to gaining the confidence and support of the population is to improve the quality of governance through political reform, strengthening the rule of law and conducting economic development as appropriate. Simultaneously, a mix of diplomacy and negotiation, police methods, intelligence work, military combat and non-combat activities should be used to destroy, contain, marginalize or co-opt

COIN ist dem eigenen Selbstverständnis nach vor allem auf die »Herzen und Köpfe« (hearts and minds) der Bevölkerung gerichtet.<sup>8</sup> Im Rahmen des COIN-Ansatzes geht es darum, die Bevölkerung durch Argumente und Zwang dazu zu bringen, die Aufstandsbekämpfer und nicht die Aufständischen zu unterstützen. »Herzen und Köpfe« zu gewinnen heißt nicht, die Zuneigung der Bevölkerung zu erlangen, sondern lediglich ihren Respekt. Die Bevölkerung muss zu der Überzeugung kommen, der Erfolg der Regierung liege in ihrem ureigenen, rational kalkulierten Interesse. Und sie muss überzeugt werden, dass die Regierung tatsächlich gewinnen und ihre Interessen dauerhaft schützen wird.<sup>9</sup>

Dieser Ansatz beruht auf folgenden Annahmen:<sup>10</sup> Mit der Gewährleistung von Sicherheit und guter Regierungsführung werden Zustimmung und Loyalität der Bevölkerung gewonnen, die Aufständischen verlieren an Unterstützung. Das schwächt die Aufstandsbewegung direkt und indirekt: direkt, weil die sicheren Zufluchtsräume und das Potential zur Rekrutierung neuer Kämpfer schwinden, und indirekt, weil die Bereitschaft der Bevölkerung wächst, mit der Regierung im Kampf gegen die Aufständischen zusammenzuarbeiten und Informationen über diese zu liefern. Sicherheit, gute Regierung, Entwicklung – das sind die gleichzeitig zu verwirklichenden Kernelemente des klassischen Counterinsurgency-Ansatzes, wie er sich auch in der gegenwärtigen Dok-

insurgents. Effective COIN therefore involves a careful balance between constructive dimensions (building effective and legitimate government) and destructive dimensions (destroying the insurgent movements)« (*U.S. Government Counterinsurgency Guide* [wie Fn. 2], S. 14).

**8** Der Begriff »hearts and minds« wird gemeinhin auf Sir Gerald Templer zurückgeführt, der zwischen 1952 und 1954 British High Commissioner in Malaya war, zu einer Zeit, als die britische Armee gegen die kommunistische Aufstandsbewegung kämpfte. Zum Begriff und seiner Verwendung siehe Paul Dixon, »Hearts and Minds? British Counter-Insurgency from Malaya to Iraq«, in: *Journal of Strategic Studies*, 32 (Juni 2009) 3, S. 353–381.

**9** »Hearts« means persuading people that their best interests are served by COIN success. »Minds« means convincing them that the force can protect them and that resisting it is pointless. Note that neither concerns whether people like Soldiers and Marines. Calculated self-interest, not emotion, is what counts.« (*Counterinsurgency Field Manual* [wie Fn. 1], Appendix A-26, S. A-5.)

**10** Die Logik dieses Ansatzes wird klar herausgearbeitet von Michael Fitzsimmons, *Is Good Governance or Overcoming-Ethno-Religious Cleavages More Important to Counterinsurgent Success?*, Paper Submitted for Presentation at the Annual Meeting of the International Studies Association, Februar 2009.

trin niederschlägt.<sup>11</sup> Der Erfolg der Aufstandsbekämpfung basiert nach dieser Logik darauf, dass die Bevölkerung oder zumindest wichtige Teile davon die herrschende Regierung als legitim wahrnehmen.<sup>12</sup> Legitimität aber speist sich in dieser Sicht aus guter Regierungsführung, aus wirkungsvoller Verwaltung und der Bereitstellung öffentlicher Leistungen.<sup>13</sup> Dieser Vorstellung liegt eine rationalistische Auffassung legitimer Herrschaft zugrunde.<sup>14</sup> Nicht wer regiert, sondern wie regiert wird, ist danach ausschlaggebend.

**11** Siehe D. Michael Shafer, *Deadly Paradigms. The Failure of U.S. Counterinsurgency Policy*, Princeton: Princeton University Press, 1988, S. 116ff. Zu den drei traditionellen Säulen Sicherheit, politische Reform, wirtschaftliche Entwicklung kommt in der *U.S. Government Counterinsurgency Guidance* noch eine weitere hinzu, nämlich »Information«. Darunter wird zum einen Informationsgewinnung (»intelligence«) verstanden, zum anderen Einflussnahme durch Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda.

**12** Das angestrebte Endziel von COIN ist eine Regierung, »that is seen as legitimate, controlling social, political, economic and security institutions that meet the population's needs, including adequate mechanisms to address the grievances that may have fueled support of the insurgency« (*U.S. Government Counterinsurgency Guide* [wie Fn. 2], S. 4). In den *Joint Operational Guidelines Counterinsurgency* der Nato wird als strategisches Ziel die Förderung einer legitimen effizienten Regierung genannt. Zu den Indikatoren für Legitimität gehören: die Akzeptanz der Regierung durch die wichtigsten sozialen Institutionen, ein kulturell akzeptables politisches, soziales und wirtschaftliches Entwicklungsniveau, das Gefühl der Bevölkerungsmehrheit, angemessen durch den Staat und seine Institutionen vertreten zu sein – was auch immer dies im einzelnen heißen mag. (Supreme Allied Commander Europe/Supreme Allied Commander Transformation, *Bi-SC Joint Operational Guidelines 10/01* [wie Fn. 3], S. 3–24.)

**13** Die »hearts and minds«-Theorie war in der Counterinsurgency-Debatte der sechziger Jahre nicht unumstritten; Charles Wolf von der RAND Corporation vertrat die sogenannte Kosten/Nutzen- oder »coercion«-Theorie. Im Rahmen dieser Theorie wurde die Bevölkerung übrigens auch als rationaler Akteur postuliert, aber als ein Akteur, der auf die Anreize und Zwangsmittel reagiert, die beide Seite einsetzen, die Aufstandsbewegung und die Regierung. Entwicklungshilfe war aus dieser Sicht insofern keine Lösung, als sie die Ressourcen vergrößern würde, die eine Aufstandsbewegung durch Zwang oder Überzeugung von der Bevölkerung potentiell bekommen kann. Siehe Austin Long, *On »Other War«: Lessons from Five Decades of RAND Counterinsurgency Research*, Santa Monica: RAND, 2006, S. 24ff.

**14** Siehe Michael Fitzsimmons, »Hard Hearts and Open Minds? Governance, Identity and the Intellectual Foundations of Counterinsurgency Strategy«, in: *The Journal of Strategic Studies*, 31 (Juni 2008) 3, S. 337–365.

## Selektive Erfahrungen als Grundlage

Der gegenwärtig vorherrschende, von den USA ausstrahlende COIN-Ansatz wurde zu Recht als »neo-klassisch« bezeichnet.<sup>15</sup> Er stützt sich, wie im *U.S. Government Counterinsurgency Guide* deutlich ausgesprochen wird, auf die klassische COIN-Theorie, reflektiert aber zugleich Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Die klassische britische und französische Counterinsurgency-Literatur, insbesondere das 1964 erschienene Buch »Counterinsurgency Warfare: Theory and Practice« von David Galula,<sup>16</sup> wurde vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs in manchmal geradezu unkritischer Begeisterung wiederentdeckt. Im Lichte dieser Literatur wurden die Erfahrungen einiger weniger historischer Fälle interpretiert: insbesondere der Fälle Malaya in den späten vierziger und den fünfziger Jahren und Algerien in den fünfziger und frühen sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Dabei handelte es sich durchgehend um Auseinandersetzungen in Kolonien, in denen eine Regierung existierte – und nicht um Fälle, in denen nach dem Sturz eines religiös-fundamentalistischen Regimes (Afghanistan) oder einer säkularen Diktatur (Irak) staatliche Strukturen überhaupt erst geschaffen bzw. wiederhergestellt oder transformiert werden mussten.<sup>17</sup> Auf die klassische französische und britische Counterinsurgency-Theorie wird also zurückgegriffen, ohne den politischen Kontext zu reflektieren, in dem

diese Doktrin entstand, die ursprünglich ein Instrument imperialer Herrschaft war.<sup>18</sup> Zudem werden die modernisierungs- und entwicklungstheoretischen Prämissen, die für den COIN-Ansatz in seiner (ersten) amerikanischen Blütezeit in den Kennedy-Jahren maßgeblich waren, unreflektiert tradiert, die Bedingungen, Begrenzungen und das Scheitern dieses Ansatzes in Vietnam jedoch ausgeblendet. Die Modernisierungstheorien, die in den fünfziger und sechziger Jahren die Sozialwissenschaften dominierten, gingen von einer Dichotomie traditionaler und moderner Gesellschaften aus und postulierten das Modell einer linearen Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften. Wirtschaftliche, soziale und politische Veränderungen galten als interdependente Prozesse, die zur Herausbildung eines modernen Staates führen würden. Diese Prozesse, so eine weitere Annahme, ließen sich durch entsprechende Entwicklungsmaßnahmen beschleunigen.<sup>19</sup>

Die gegenwärtige Counterinsurgency-Doktrin ist jener sehr ähnlich, die während des Vietnam-Krieges entwickelt wurde. Doch damals hatte die Doktrin nur geringe Auswirkungen auf die militärische Praxis.<sup>20</sup> Gemeinhin wird die Organisationskultur des amerikanischen Militärs und eine daraus sich ergebende strategische Kurzsichtigkeit dafür verantwortlich gemacht, dass in Vietnam der COIN-Ansatz eine marginale Rolle spielte und der Krieg stattdessen im herkömmlichen Sinne geführt wurde. Doch nach der neueren Forschung ist diese Zuschreibung nicht stichhaltig. Es war vielmehr die politische Führung unter Präsident Johnson, die aus innenpolitischen Kalkülen vor einer personalintensiven, mit höheren Verlusten

**15** Frank G. Hoffman, »Neo-Classical Counterinsurgency?«, in: *Parameters*, (Sommer 2007), S. 71–87; siehe auch David Martin Jones/M. L. R. Smith, »Whose Hearts and Whose Minds? The Curious Case of Global Counter-Insurgency«, in: *The Journal of Strategic Studies*, 33 (Februar 2010) 1, S. 81–121; David Killcullen, »Counter-insurgency Redux«, in: *Survival*, 48 (Winter 2006–2007) 4, S. 111–130.

**16** Zu Galula und seiner Rezeption siehe Ann Marlowe, *David Galula: His Life and Intellectual Context*, Carlisle, PA: U.S. Army War College, Strategic Studies Institute, August 2010. Galulas Vorstellungen spiegeln die Lehren französischer Kolonialkriegführung im 19. Jahrhundert wider, wie sie vor allem die Marschälle Joseph-Simon Galliéni und Hubert Lyautey in ihren militärstrategischen Arbeiten formuliert hatten. Dazu siehe Thomas Rid, »The Nineteenth Century Origins of Counterinsurgency Doctrine«, in: *The Journal of Strategic Studies*, 33 (Oktober 2010) 5, S. 727–758.

**17** Siehe Stephen Sloan/Sebastian L. V. Gorka, »Contextualizing Counterinsurgency«, in: *The Journal of International Security Affairs*, (Frühjahr 2009) 16, S. 41–48.

**18** Siehe J. L. Hazelton, *What Kind of Coin Is That? Theorizing Counterinsurgency*, Paper prepared for presentation at the International Studies Association Conference, San Francisco, March 29, 2008; Laleh Khalili, »The New (and Old) Classics of Counterinsurgency«, in: *Middle East Report*, (Sommer 2010) 255.

**19** Siehe Michael E. Latham, »Redirecting the Revolution? The USA and the Failure of Nation-building in South Vietnam«, in: *Third World Quarterly*, 27 (2006) 1, S. 27–41.

**20** Zu den in die Kennedy-Jahre zurückreichenden Wurzeln der Counterinsurgency-Doktrin siehe Austin Long, *Doctrine of Eternal Recurrence. The U.S. Military and Counterinsurgency Doctrine, 1960–1970 and 2003–2006*, Santa Monica: RAND, 2008.

verbundenen COIN-Strategie zurückschreckte und auf eine »kapitalintensive« traditionelle Strategie setzte.<sup>21</sup>

Der Rückgriff heutiger Verfechter der Counterinsurgency-Doktrin auf die Geschichte bleibt selektiv und dient eher der Bestätigung bereits gewonnener Überzeugungen als deren kritischer Überprüfung.<sup>22</sup> So beruht das unter Federführung von General Petraeus erarbeitete *Counterinsurgency Field Manual* mit seiner Trias von »clear, hold, and build« im Wesentlichen auf der klassischen Theorie, die durch eine Mischung aus Kontrolle über die Bevölkerung und gezielter Gewaltanwendung auf der einen Seite und dem Aufbau moderner Staatsstrukturen auf der anderen gekennzeichnet war.<sup>23</sup>

Oft heißt es, die Erfolge bei der Stabilisierung des Irak seien der Umsetzung des COIN-Ansatzes zu verdanken. So wird denn auch der Rückgang der Gewalt zwischen Ende 2006 und Anfang 2007 in der irakischen Provinz Anbar, dem Zentrum des sunnitischen Aufstands, als Erfolg von COIN verbucht. Der in dieser Region verfolgte Ansatz, sich auf Stämme und traditionelle Netzwerke im Kampf gegen Aufständische zu stützen, findet sich jedoch nicht im *Counterinsurgency Manual*. Der Stabilisierungserfolg ist zudem kein Ergebnis der »surge«-Strategie, sondern setzte schon vor ihr ein: Er wurzelte im politischen Interessenkalkül der sunnitischen Führer, die sich von den al-Qaida-Kräften bedroht sahen und deshalb mit den USA kooperierten; die amerikanischen Streit-

kräfte, von denen nicht länger angenommen wurde, dass sie auf unabsehbare Zeit im Land bleiben würden, erschienen als Unterstützer gegen al-Qaida.<sup>24</sup> Das *Field Manual* wurde vor dem Hintergrund des Krieges im Irak verfasst, doch gerade für den Konflikt zwischen der sunnitischen, der schiitischen und der kurdischen Bevölkerungsgruppe treffen fundamentale Annahmen der COIN-Doktrin nicht zu, auch wenn die Umsetzung einzelner operativer Elemente zur Absenkung des Gewaltniveaus im Irak beitrug.<sup>25</sup> Den Befürwortern der Counterinsurgency-Orientierung des amerikanischen Militärs ist es in der öffentlichen Debatte gelungen, die Erfolge bei der Stabilisierung des Irak dem von ihnen propagierten Ansatz zuzuschreiben. Dieser Ansatz hat in der amerikanischen Armee mittlerweile nahezu den Status eines Dogmas erlangt.<sup>26</sup>

21 Siehe Jonathan D. Caverley, »The Myth of Military Myopia: Democracy, Small Wars, and Vietnam«, in: *International Security*, 34 (Winter 2009/10) 3, S. 119–157.

22 Siehe Jonathan E. Gumz, »Reframing the Historical Problematic of Insurgency: How the Professional Military Literature Created a New History and Missed the Past«, in: *The Journal of Strategic Studies*, 32 (August 2009) 4, S. 553–588.

23 Headquarters, Department of the Army, *Counterinsurgency Field Manual No. 3–24*, Washington, D.C., Juni 2006, <[www.fas.org/jirp/doddir/army/fm3-24fd.pdf](http://www.fas.org/jirp/doddir/army/fm3-24fd.pdf)> (Zugriff am 6.1.2011); zum Lernprozess im US-Militär vgl. David H. Ucko, *The New Counterinsurgency Era: Transforming the U.S. Military for Modern Wars*, Washington, D.C.: Georgetown University Press, 2009; als eher unkritischen Überblick in erster Linie über die militärische Seite von COIN siehe Thomas Rid/Thomas Keaney (Hg.), *Understanding Counterinsurgency: Doctrine, Operation, and Challenges*, London/New York: Routledge, 2010; kritisch aus deutscher Feder siehe Jochen Hippler, *Counterinsurgency and Political Control: US Military Strategies Regarding Political Conflict*, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen, 2006 (INEF Report 81/2006); Hans-Georg Ehrhart/Roland Kästner, *Aufstandsbekämpfung: Konzept für deutsche Sicherheitspolitik? Lehren aus Afghanistan*, Hamburg: Institut für Sicherheitspolitik und Friedensforschung an der Universität Hamburg, September 2010.

24 Siehe Jon Lindsay/Austin Long, *Counterinsurgency Theory and the Stabilization of Iraq's Anbar Province*, 7.10.2009, <[www.yale.edu/macmillan/ocvprogram/papers/COINAnbar090820.pdf](http://www.yale.edu/macmillan/ocvprogram/papers/COINAnbar090820.pdf)> (Zugriff am 2.12.2010); John A. McCary, »The Anbar Awakening: An Alliance of Incentives«, in: *The Washington Quarterly*, 32 (Januar 2009) 1, S. 43–59.

25 Siehe Stephen Biddle, in: »The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual as Political Science and Political Practice: Review Symposium«, *Perspectives on Politics*, 6 (Juni 2008) 2, S. 347–350.

26 Kritisch dazu Gian P. Gentile, »A Strategy of Tactics: Population-centric COIN and the Army«, in: *Parameters*, (Herbst 2009), S. 5–17.

## Problematische theoretische Prämissen

Die COIN-Doktrin fußt auf einer Reihe problematischer theoretischer Prämissen. Eine *erste* lautet, dass Aufstandsbewegung und Regierung um die Zustimmung und Loyalität einer weithin unentschiedenen Bevölkerung konkurrieren. Das mag unter gewissen Bedingungen zutreffen, aber nicht in einem Umfeld, in dem es um ethnopolitische Konfliktlagen geht und Fragen der Identität und Zugehörigkeit eine wichtige Rolle spielen. Ausgeblendet bleibt die Möglichkeit, dass ethnische und religiöse Gruppenidentitäten darüber bestimmen können, wie legitime Herrschaft wahrgenommen wird.<sup>27</sup>

Nach einer *zweiten* fragwürdigen impliziten Annahme kann der unterstützten und bedrohten Regierung ein grundsätzlicher Anspruch auf Legitimität zugewilligt und vorausgesetzt werden, dass sie willens und in der Lage ist, ihre Legitimität in den Augen der Bevölkerung durch verbesserte Regierungsleistungen zu erhöhen. Nur unter dieser Annahme lässt sich erwarten, dass sie die »Herzen und Köpfe« der in ihrer Loyalität schwankenden Bevölkerung gewinnt.<sup>28</sup> Nun sind sich die COIN-Strategen im Prinzip über ein Faktum im Klaren: Aufstandsbekämpfung muss in Ländern durchgeführt werden, in denen die Regierung Legitimitäts- und Kontrolldefizite hat (sonst sähe sie sich ja keinem Aufstand gegenüber), bzw. in Ländern, in denen die Regierung gestürzt wurde und eine neue gebildet werden muss. Sie sind sich ebenfalls über die Möglichkeit im Klaren, dass die Interessen der Regierung des betroffenen Landes und jene des externen Unterstützers nicht übereinstimmen. Die Aussichten von COIN sind stets abhängig von der Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit sowie der Reformwilligkeit der Regierung des Landes, die mit Ausrüstung, Ausbildung und Geld oder auch durch Entsendung eigener Streitkräfte unterstützt wird. Wenn es keine begründete Wahrscheinlichkeit gibt, dass die betroffene Regierung kooperativ und offen für Rat und Unterstützung ist, gilt eine Intervention als »töricht«.<sup>29</sup> Doch wie ein Land zu Reformen veranlasst

werden kann, darüber ist in der COIN-Debatte wenig zu vernehmen. Dieses Manko dürfte auch mit dem Rückgriff auf die Klassiker von COIN zu erklären sein, auf französische und britische Autoren, die ihre Erfahrung in Entkolonialisierungskriegen verarbeitet haben. In diesen Kriegen stellte sich das Problem einer lokalen Klientelregierung mit eigenständigen Interessen so nicht.<sup>30</sup> Die Politik einer nominell souveränen Klientelregierung kann die Aufstandsbewegung anheizen, ohne externen Akteuren die Möglichkeit zu bieten, dieses selbstzerstörerische Verhalten zu beeinflussen. Externe Unterstützung lässt das Bewusstsein für die Notwendigkeit innerer Reformen schwinden; sie kann auch das Interesse an einer erfolgreichen Bekämpfung der Aufstandsbewegung dämpfen, würde doch bei einem Erfolg der Zufluss von Geldern versiegen. Reformen, die für einen Erfolg der Aufstandsbekämpfung notwendig wären, untergraben unter Umständen die Machtbasis der Regierung und werden daher nicht umgesetzt.

Die Einflussmöglichkeiten externer Unterstützer sind begrenzt. Drohungen mit der Reduzierung oder gar dem Entzug von Hilfe mangelt es an Glaubwürdigkeit, wenn die Klientelregierung annehmen kann, dass der externe Unterstützer ein starkes Interesse an ihrem Machterhalt hat. Die Einflussmöglichkeiten sind in dieser Konstellation tendenziell am geringsten, wenn die Situation besonders kritisch und die Gefahr eines Siegs der Aufständischen am größten ist.<sup>31</sup> Denn dann kann die Klientelregierung mit einiger Zuversicht darauf bauen, dass ihr Patron den Hilfspfeiler am Ende doch nicht zudreht und mit ansieht, wie die Aufständischen gewinnen. Das dürfte zumindest so lange der Fall sein, als der externe Akteur den Glauben an einen Erfolg oder die innenpolitische Unterstützung

<sup>30</sup> Siehe Walter C. Ladwig, *Assisting Counterinsurgency in the Philippines and Vietnam*, Paper prepared for the International Studies Association Conference, San Francisco, March 26–29, 2008, S. 3.

<sup>31</sup> Siehe Daniel Byman, *Going to War with the Allies You Have: Allies, Counterinsurgency, and the War on Terrorism*, Carlisle, PA: Strategic Studies Institute, U.S. Army War College, November 2005; Shafer, *Deadly Paradigms* [wie Fn. 11], S. 118ff; Ladwig, *Assisting Counterinsurgency* [wie Fn. 30].

<sup>27</sup> Siehe Fitzsimmons, »Hard Hearts and Open Minds?« [wie Fn. 14].

<sup>28</sup> Siehe Biddle, »The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual« [wie Fn. 25].

<sup>29</sup> *U.S. Government Counterinsurgency Guide* [wie Fn. 2], S. 3.

für die Fortsetzung der Intervention nicht verloren hat.

*Drittens* ist die Annahme von »root causes« problematisch. Sie spielen in der COIN-Doktrin eine große Rolle.<sup>32</sup> Die COIN-Theorie fokussiert Ursachen auf der Makroebene, wenn es um die von der Bevölkerung beklagten Missstände (grievances) geht, die über »gute« Regierungsleistungen und Entwicklungsfortschritte beseitigt werden müssen. Die Idee solcher Kernursachen, deren Entschärfung stabilisierend wirke, ist in der Modernisierungstheorie und in älteren Revolutionstheorien verwurzelt. In der neueren Bürgerkriegs-Forschung wird die zugrundeliegende Annahme jedoch kritisch gesehen. Sie hat daher die Mikroebene der Gewaltdynamik in den Blick genommen und aus den Beobachtungen einen anderen Schluss gezogen: Die Schaffung eines stabilen Friedenszustandes erfordert demnach nicht so sehr die Beseitigung der ursächlichen »root causes«, sondern effektive politische Machtarrangements, die der durch den Krieg veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konstellation angemessen sind.<sup>33</sup> Zwar wird auch im Rahmen von COIN die genaue Analyse des Einzelfalls gefordert; doch leitend ist eine Sicht, die sich vor allem aus den Erfahrungen mit den revolutionär-nationalistischen Aufstandsbewegungen in Algerien und Vietnam speist.<sup>34</sup> Die problematische Annahme von »Grundursachen« wirkt als Prisma, durch das Aufstandsbewegungen wahrgenommen werden. Das zeigt sich deutlich in Afghanistan. Denn die Grundursache für das Erstarken der afghanischen

Aufstandsbewegung wird in der sozioökonomischen Krise und der politischen Desintegration gesehen, die von Taleban und al-Qaida für eigene Zwecke genutzt würden.<sup>35</sup> Die Praxis von COIN ist in diesem Punkt übrigens der Theorie voraus: Die Mikroebene regionaler und lokaler Konfliktursachen kommt in der Theorie nicht in den Blick; in den pragmatischen, operativen und taktischen Handreichungen und Diskussionen, wie sie vor allem im *Small Wars Journal* geführt werden, spielt das Verständnis für diese Konfliktebene jedoch eine große Rolle.

*Viertens* schließlich setzt COIN eine enorme Fähigkeit voraus, soziale und politische Prozesse zielgerichtet zu beeinflussen. Selbst wenn sich »root causes« mit Gewissheit erkennen ließen, können aus dieser Erkenntnis noch keine Rezepte für deren Behebung abgeleitet werden. Auch traditionale Gesellschaften sind komplexe Systeme. Die Ergebnisse von Interventionen lassen sich in ihren Folgen und Wechselwirkungen keineswegs vorhersehen. Im Rahmen der COIN-Doktrin ist ungeachtet dessen die Annahme leitend, wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung wirkten stabilisierend. Beide Prozesse können indes überaus destabilisierende Wirkungen entfalten. Der Zufluss von Entwicklungshilfe setzt eine eigene Dynamik in Gang, Konkurrenz um die neuen Ressourcen kann die Folge sein.<sup>36</sup> Versuche, über Entwicklungshilfe langfristig Stabilität zu schaffen, können kurz- und mittelfristig vermehrte Instabilität hervorrufen. Die bisherigen Untersuchungen zu den stabilisierenden Wirkungen von Hilfsprojekten in Irak und Afghanistan ziehen eine weitestgehend ernüchternde Bilanz.<sup>37</sup> Zweifelhaft ist auch die Annahme, über Hilfs-

32 So heißt es in der kanadischen COIN-Doktrin: »Defeating an insurgency requires not only the neutralization of insurgent military capabilities but also the resolution of the root causes of the political and socioeconomic grievances that enabled its occurrence in the first instance.« Dahinter steht folgende Annahme: »In general, insurgencies spring from dissatisfaction with a social structure or government policies.« (Chief of Land Staff, *Counter-Insurgency Operations*, Ottawa, Ontario: National Defense Headquarters, Dezember 2008, S. 1-3 und S. 1-11, <<http://info.publicintelligence.net/CanadaCOIN.pdf>> [Zugriff am 5.1.2011].)

33 Siehe Susan L. Woodward, »Do the Root Causes of Civil Wars Matter? On Using Knowledge to Improve Peacebuilding Interventions«, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 1 (Juni 2007) 2, S. 143-170; zur Mikroebene und der Gewaltlogik in Bürgerkriegen siehe Stathis N. Kalyvas, *The Logic of Violence in Civil War*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 2006.

34 So Stathis N. Kalyvas, in: »The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual as Political Science and Political Practice: Review Symposium«, in: *Perspectives on Politics*, 6 (Juni 2008) 2, S. 351-353.

35 Diese in Washington dominante Sicht entspricht einer gängigen, aus der politiknahen Forschung stammenden Erklärung, nach der vor allem zwei Faktoren für das Entstehen und die Aktivitäten der Aufstandsbewegung verantwortlich sind: als ermöglichende Bedingung der Zerfall staatlicher Strukturen und als motivierender Faktor die extreme sunnitische Ideologie des *jihād*. Siehe Seth G. Jones, »The Rise of Afghanistan's Insurgency. State Failure and Jihad«, in: *International Security*, 32 (Frühjahr 2008) 4, S. 7-40. Umfassend zur gegenwärtigen Afghanistanpolitik siehe Peter Rudolf, *Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2010 (SWP-Studie 11/2010).

36 Siehe Peter Charles Choharis/James A. Gavrillis, »Counterinsurgency 3.0«, in: *Parameters*, (Frühjahr 2010), S. 34-45.

37 Als Überblick über vorliegende Studien siehe Thomas Blau/Daryl Liskey, »Analytics and Action in Afghanistan«, in: *PRISM*, 1 (September 2010) 4, S. 41-56; siehe zudem insbesondere auch Eli Berman/Joseph H. Felter/Jacob N. Shapiro, »Constructive COIN: How Development Can Fight Radicals«, in:

projekte lasse sich die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung mobilisieren, die auf diese Weise an Legitimität gewinne. Doch solche Projekte mögen taktisch nützlich sein und der Regierung zeitweise tatsächlich die Unterstützung bestimmter Gruppen sichern; strategisch aber, im Sinne einer nachhaltigen Legitimierung der Regierung, erbringen sie möglicherweise wenig. Und schließlich folgt aus der Theorie die Notwendigkeit, die Reichweite und Kontrolle des Staates auf das gesamte Territorium auszudehnen. Wenn die Regierung aber korrupt ist, kann die Abneigung gegen sie einer Aufstandsbewegung Zulauf verschaffen und eine Ausdehnung staatlicher Kontrolle verhindern. Die Bildung eines starken legitimen Staates ist Teil von COIN, aber gerade die Opposition gegen einen zentralen Staat mit Legitimitätsdefiziten kann Antrieb für Aufstände sein.

COIN ist ein Ansatz, dessen Effektivität auf zwei Faktoren beruht: der gezielten Ausschaltung Aufständischer und der Bereitstellung öffentlicher Güter. In beiden Aufgabenfeldern muss mit kontraproduktiven Wirkungen gerechnet werden, zumal wenn sich Aufständische aus bestimmten sozialen oder ethnischen Gruppen rekrutieren.<sup>38</sup> Der Einsatz von Gewalt kann die Kohäsion in diesen Gruppen stärken; Reformen, die auf andere Teile der Bevölkerung ausgerichtet sind, können soziale Spannungen verschärfen.

*Foreign Affairs*, (1.6.2010), <[www.foreignaffairs.com/articles/66432/eli-berman-joseph-h-felter-and-jacob-n-shapiro/constructive-coin](http://www.foreignaffairs.com/articles/66432/eli-berman-joseph-h-felter-and-jacob-n-shapiro/constructive-coin)> (Zugriff 5.1.2011).

**38** Siehe Daniel Branch/Eliabeth Jean Wood, »Revisiting Counterinsurgency«, in: *Politics & Society*, 38 (2010) 1, S. 3–14.

## COIN und Staatsbildung

Klassisches COIN hat einen kolonialen Staat vorausgesetzt; Staatsbildung stand nicht auf der Agenda. Neoklassisches COIN dagegen setzt sich den Aufbau eines legitimen souveränen Staates zum Ziel.<sup>39</sup> Doch die Probleme und die Dilemmata, die mit Staatsbildung verbunden sind, zumal unter den Bedingungen eines militärischen Konflikts, werden in der Counterinsurgency-Debatte kaum reflektiert. Von externen Akteuren eingeleitete Staatsbildung im Sinne des Aufbaus als legitim wahrgenommener staatlicher Institutionen ist ein Prozess, dessen Widersprüche und Dilemmata nicht aufgelöst, sondern nur »gemanagt« werden können.

Extern induzierte Staatsbildung ist eine Intervention mit dem Ziel, Selbstbestimmung im Rahmen eines souveränen Staates zu ermöglichen; internationale Kontrolle ist notwendig, sie soll die Voraussetzungen für die Übernahme der Eigenverantwortung schaffen. Staatsbildung ist ein langwieriger Prozess und erfordert eine massive politische und militärische Präsenz externer Akteure von geraumer Dauer. Diese kann jedoch Widerstand provozieren und die Übernahme von Eigenverantwortung konterkarieren. Kurzfristig notwendige Zugeständnisse an lokale Machteliten können zudem das langfristige Ziel untergraben, nachhaltige rechenschaftspflichtige Institutionen zu schaffen.<sup>40</sup>

<sup>39</sup> Alex Marshall, »Imperial Nostalgia, the Liberal Lie, and the Perils of Postmodern Counterinsurgency«, in: *Small Wars & Insurgencies*, 21 (Juni 2010) 2, S. 233–258 (247).

<sup>40</sup> Siehe Roland Paris/Timothy D. Sisk, »Conclusion: Confronting the Contradictions«, in: dies. (Hg.), *The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*, London/New York: Routledge, 2009, S. 304–315; zu den Problemen des Statebuilding siehe auch Ulrich Schneekener, *Internationales Statebuilding. Dilemmata, Strategien und Anforderungen an die deutsche Politik*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2007 (SWP-Studie 10/2007); Berit Bliesemann de Guevara/Florian P. Kühn, *Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt*, Hamburg: edition Körber-Stiftung, 2010; Lars Brozus, *Statebuilding in der Legitimitätskrise: Alternativen sind gefragt*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2010 (SWP-Aktuell 52/2010); zur Problematik im afrikanischen Kontext siehe Pierre Englebort/Dennis M. Tull, »Postconflict Reconstruction in Africa: Flawed Ideas about Failed States«, in: *International Security*, 32 (Frühjahr 2008) 4, S. 106–139.

Die Ausblendung der konzeptionellen Probleme und Dilemmata des *state-building* ist kennzeichnend für die COIN-Debatte. In ihr lebt die alte, letztlich im liberalen Fortschrittsoptimismus wurzelnde modernisierungstheoretische Vorstellung fort, dass alle guten Dinge zusammenwirken.<sup>41</sup> Doch die Herausbildung von Territorialstaaten mit dem Monopol legitimer Gewaltausübung war – das wird in den USA allzu oft verkannt – in der europäischen Neuzeit vielfach ein langwieriger Prozess, in dem eine zentrale Herrschaft mit kriegerischer Gewalt, aber auch mit Anreizen ihre Autorität gegen die des Adels durchsetzte.<sup>42</sup>

Gerade die amerikanische Debatte zum Thema *nation-building* – der in den USA gängige Begriff bezeichnet streng genommen mehr als reine Staatsbildung<sup>43</sup> – bleibt nach wie vor sehr stark technokratischem Denken verhaftet. Deutlichster Ausdruck dieses Denkens ist eine in ihrer politischen Wirkung nicht hoch genug einzuschätzende RAND-Studie von 2003 zum *nation-building* seit Ende des Zweiten Weltkrieges.<sup>44</sup> Sieben Fälle werden untersucht: Deutschland, Japan, Somalia, Haiti, Bosnien, Kosovo und Afghanistan. Herausgefunden werden soll, welche Determinanten entscheidend sind für den Erfolg solcher Unternehmungen – und zwar gemessen an ihrem Beitrag zur Schaffung von Demokratien und funktionierenden Volkswirtschaften. Deutschland und Japan sind dabei natürlich die beiden eindeutigen

<sup>41</sup> Zu der liberalen Weltsicht, auf der westliche Interventions- und Staatsbildungspolitik ruht, siehe Beate Jahn, »The Tragedy of Liberal Diplomacy: Democratization, Intervention, Statebuilding (Part I)«, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 1 (März 2007) 1, S. 87–106; dies., »The Tragedy of Liberal Diplomacy: Democratization, Intervention, Statebuilding (Part II)«, in: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 1 (Juni 2007) 2, S. 211–229.

<sup>42</sup> An die Staatsbildungsprozesse in Europa erinnert Sheri Berman, »From the Sun King to Karzai: Lessons for State Building in Afghanistan«, in: *Foreign Affairs*, 89 (März/April 2010) 2, S. 2–9.

<sup>43</sup> Siehe Francis Fukuyama (Hg.), *Nation-Building: Beyond Afghanistan and Iraq*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, 2006.

<sup>44</sup> Siehe James Dobbins et al., *America's Role In Nation-Building: From Germany to Iraq*, Santa Monica: RAND, 2003.

Erfolgsmodelle, vor deren Hintergrund die anderen Fälle gesehen werden.

Warum waren die militärischen, wirtschaftlichen und politischen *nation-building*-Aktivitäten der USA in diesen beiden Ländern ein Erfolg, in den anderen ein Fehlschlag oder nur mit begrenzten Fortschritten verbunden? Mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand Deutschlands und Japans allein – so das Argument – lasse sich das nicht erklären; denn *nation-building* sei mehr als wirtschaftlicher Wiederaufbau, sei vor allem eine politische Transformation in eine Demokratie. Da Demokratien auch außerhalb fortgeschrittener Industriestaaten und außerhalb der westlichen Kultur Fuß gefasst hätten, reiche die wirtschaftliche Erklärung nicht aus. Auch ein zweiter Erklärungsansatz sei nicht erschöpfend, nämlich der Verweis auf die ethnische und sozioökonomische Homogenität der Erfolgsfälle – im Unterschied zu den gespaltenen Gesellschaften in Somalia, Haiti und Afghanistan. Homogenität könne nicht als notwendige Voraussetzung gelten, sonst, so die Argumentation, hätte es keine Fortschritte in Bosnien und Kosovo gegeben. Nein, der maßgebliche Erklärungsfaktor seien nicht Kultur, wirtschaftlicher Entwicklungsstand und Homogenität, sondern das Ausmaß an Truppen, Geld und Zeit, das die USA und andere Staaten in den betreffenden Ländern investiert hätten.

Das also ist das Ergebnis der Untersuchung, die der Korrelation von Input und Output nachgeht: auf der Input-Seite sind die Indikatoren die Militär- und Polizeipräsenz und die wirtschaftliche Unterstützung, auf der Output-Seite gehören dazu die Zahl der Post-Konflikt-Toten, der Zeitpunkt von Wahlen und Veränderungen im Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt. Die politische Implikation dieser Studie ist denn auch: Demokratie ist machbar, sofern ausreichend militärische Kapazitäten und wirtschaftliche Ressourcen mit langem Atem – Minimum für den Erfolg sind fünf Jahre – eingesetzt werden. Problematisch ist die Studie, weil in ihr ein Befund nicht angemessen reflektiert wird: Der gleiche Einsatz von Ressourcen kann aufgrund divergierender kulturell-institutioneller Voraussetzungen zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führen.<sup>45</sup> Der Aufbau moderner

demokratischer Staaten erscheint in diesem geradezu unpolitischen und ahistorischen Machbarkeitsglauben, der im COIN-Ansatz fortlebt, nur als Frage des gut koordinierten Einsatzes ausreichender Ressourcen und eines langen Atems.

<sup>45</sup> So war die Truppenstärke pro Einwohner in Bosnien und Kosovo viel höher als in Japan; eine gleiche Truppenstärke wie in Japan hatte in Somalia ein ganz anderes Ergebnis. Auch die eingesetzten finanziellen Hilfen sind kein Faktor, der über Erfolg und Misserfolg bestimmt. Gemessen an der Hilfe pro Einwohner floss weit mehr in den Kosovo als nach Deutschland oder gar Japan. Siehe Christopher J. Coyne, *After*

*War: The Political Economy of Exporting Democracy*, Stanford: Stanford Economics and Finance, 2008, S. 24.

## COIN und Gewalteinsatz

Wer die Ansicht hegt, die Unterstützung der Bevölkerung sei unabdingbar für eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung, dem muss daran gelegen sein, dass die Bevölkerung nicht durch einen exzessiven Gewalteinsatz vor den Kopf gestoßen und in die Hände der Aufständischen getrieben wird. Die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten heißt auch, sie davor zu schützen, Opfer der Aufstandsbekämpfung zu werden. Die größtmögliche Vermeidung ziviler Opfer ist unter den Prämissen des COIN-Konzepts strategisch geboten. Das Prinzip der »human security« wird gewissermaßen zu einer Erfolgsbedingung der Aufstandsbekämpfung.<sup>46</sup> Moralischer Imperativ und strategisches Kalkül werden deckungsgleich.

Die COIN-Doktrin weist, so scheint es, einen Weg zu erfolgreicher Stabilisierung, der eine Kriegführung gegen Aufständische ermöglicht, die mit dem normativen Selbstverständnis liberaler Demokratien kompatibel ist. Doch die Doktrin blendet die blutige, die hässliche Komponente der Aufstandsbekämpfung und die Gewaltanwendung weitgehend aus, die aller historischen Erfahrung nach die Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht.<sup>47</sup> Massenhafte Gewalt gegen die Bevölkerung ist historisch gesehen keine Seltenheit bei der Bekämpfung von Guerillabewegungen. Von den 75 Staaten, die sich zwischen 1945 und 2000 von einer Aufstandsbewegung größeren Ausmaßes bedroht sahen, nahmen 24 Zuflucht zu massiven Akten der Gewalt gegen die Bevölkerung; auch demokratische Staaten waren davor nicht gefeit. Da Guerillabewegungen von der Unterstützung der Bevölkerung abhängen und auf direktem Wege schwer zu besiegen sind, besteht ein starker Anreiz, die sie stützenden Bevölkerungsgruppen mit brutalem Gewalteinsatz zu schwächen und/oder durch erzwungene Umsiedlung in bewachte Dörfer und Lager von den Aufständischen zu isolieren.<sup>48</sup> Auch der vielzitierte Erfolgsfall Malaya

ist keineswegs ein Beispiel für die gelungene Umsetzung eines sanften »hearts and minds«-Ansatzes; neuere Analysen stützen die These, dass die anfängliche Strategie der Kontrolle der Bevölkerung mit der Umsiedlung von Teilen von ihr in den Jahren 1950 bis 1952 den Grundstein für den Erfolg in den späteren Jahren legte. In der Praxis mischten sich ohnehin stets gewaltsame Ansätze und das Werben um die Herzen und Köpfe der Menschen; nur das Mischungsverhältnis änderte sich jeweils.<sup>49</sup>

Die gegen die Aufständischen vorgehenden Streitkräfte mögen den Forderungen des Kriegsvölkerrechts noch so sehr Genüge tun, »unschuldige« Opfer unter der Zivilbevölkerung können sie schon deshalb nicht vermeiden, weil nachrichtendienstliche Informationen vielfach unzuverlässig und verzerrt sind. In Bürgerkriegen – und um nichts anderes handelt es sich in einem COIN-Kontext<sup>50</sup> – werden häufig lokale und persönliche Konflikte ausgetragen; nicht jeder, der als Aufständischer denunziert wird, ist auch ein solcher. So wurden während des Vietnam-Krieges im Rahmen des berühmt-berüchtigten Phoenix-Programms 73 697 Personen als Mitglieder der Untergrundstruktur des Vietkong identifiziert, 15 438 – also rund 21 Prozent dieser Personen – wurden liquidiert. Nach einer genaueren Analyse waren in der Mehrzahl Unschuldige Opfer dieser Liquidationen. Die als Vietkongmitglieder identifizierten Personen waren zeitweise je nach Verdachtsgrad zwei Kategorien zugeordnet: »bestätigt« und »unbestätigt«. Die Wahrscheinlichkeit, getötet zu werden, war für die Gruppe der unbestätigten Vietkongkader fünfmal größer als für die Gruppe der be-

xander B. Downes, *Targeting Civilians in War*, Ithaca/London: Cornell University Press, 2008, S. 156ff.

<sup>49</sup> Siehe Karl Hack, »The Malayan Emergency as Counter-Insurgency Paradigm«, in: *Journal of Strategic Studies*, 32 (2009), S. 383–414.

<sup>50</sup> Aufstände (insurgencies) sind eine asymmetrische Form von Bürgerkriegen. Die beiden anderen der insgesamt drei Formen sind konventionelle Kriegführung und »symmetrische nichtkonventionelle Kriegführung«. Zur Unterscheidung siehe Stathis N. Kalyas/Laia Balcells, »International System and Technologies of Rebellion: How the End of the Cold War Shaped Internal Conflict«, in: *American Political Science Review*, 104 (August 2010) 3, S. 415–429.

<sup>46</sup> Siehe Wilfrid Greaves, »The People Paradox: Human Security and US Counterinsurgency in Afghanistan«, in: *Inquiry & Insight*, 1 (2008) 1, S. 33–52.

<sup>47</sup> Siehe David Hunt, »Dirty Wars: Counterinsurgency in Vietnam and Today«, in: *Politics & Society*, 38 (2010) 1, S. 35–66.

<sup>48</sup> Siehe Benjamin Valentino/Paul Huth/Dylan Balch-Lindsay, »Draining the Sea: Mass Killing and Guerilla Warfare«, in: *International Organization*, 58 (Frühjahr 2004), S. 375–407; Ale-

stätigten. Das zeigt sehr deutlich, dass auch der selektive Gewalteininsatz in der Praxis keineswegs zielgenau ist. Denn schließlich beruht er auf Informationen, die überaus fragwürdig sind. Informanten haben vielerlei Anreize zu denunzieren, etwa den Wunsch nach Vergeltung oder bloße Gier; eine genauere Überprüfung der Verlässlichkeit ihrer Hinweise überfordert die administrativen und geheimdienstlichen Fähigkeiten der Aufstandsbekämpfer. Abgesehen davon haben gerade die aktiven Mitglieder einer Aufstandsbewegung als Folge der Infiltration der staatlichen Sicherheitsapparate am ehesten Kenntnis darüber, wann und wo ihnen Gefahr droht.<sup>51</sup>

Nun mögen Tote unter der am Kampf nicht beteiligten Bevölkerung nach den hergebrachten Vorstellungen des *Ius in bello* zu rechtfertigen sein. Doch die Bevölkerung muss diese Sicht nicht teilen; sie bewertet die Aufstandsbekämpfung vielleicht eher an der Zahl der Toten in den eigenen Reihen. Der Opfervermeidung Priorität vor dem Schutz der eigenen Truppen zu geben ist jedoch eine besondere Herausforderung gerade für die amerikanischen Militärs, für die der Eigenschutz traditionell Vorrang genießt.<sup>52</sup> Im Rahmen von COIN wird von den eigenen Soldaten eine höhere Bereitschaft erwartet, im Interesse der Vermeidung von Opfern unter einer von den Aufständischen nicht klar zu trennenden Zivilbevölkerung größere Risiken in Kauf zu nehmen. Steigen dadurch die eigenen Verluste, unterminiert das unter Umständen den politischen Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. In der Praxis bleibt das Trilemma der Aufstandsbekämpfung unlösbar: Die drei Ziele – bestmöglicher Schutz der eigenen Truppen, Abgrenzung feindlicher Kämpfer von Nichtkombattanten und die physische Eliminierung der Aufständischen – können nicht gleichzeitig erreicht werden.<sup>53</sup>

51 Siehe Stathis N. Kalyas/Matthew Adam Kocher, »How ›Free‹ Is Free Riding in Civil Wars? Violence, Insurgency, and the Collective Action Problem«, in: *World Politics*, 59 (Januar 2007) 2, S. 177–216.

52 Siehe Sarah Sewall, »Ethics«, in: Rid/Keaney (Hg.), *Understanding Counterinsurgency* [wie Fn. 23], S. 205–215.

53 Siehe Lorenzo Zambernardi, »Counterinsurgency's Impossible Trilemma«, in: *The Washington Quarterly*, 33 (Juli 2010) 3, S. 21–34; siehe hierzu auch Wilfrid Greaves, *Competing Imperatives: The Paradox of Determining Military Necessity in Counterinsurgency Operations*, unveröffentlichtes Papier, 12.10.2009, <[www.cda-cdai.ca/cdai/uploads/cdai/2009/04/Greaves\\_Paper.pdf](http://www.cda-cdai.ca/cdai/uploads/cdai/2009/04/Greaves_Paper.pdf)> (Zugriff am 6.12.2010).

## Die Bilanz von COIN: Ungewisse Erfolgsaussicht

Sosehr die bevölkerungsorientierte COIN-Doktrin dem politischen und moralischen Selbstverständnis liberaler Demokratien entspricht: Aufstände lassen sich auch mit einer feindzentrierten Strategie niederschlagen. Die mit brutaler militärischer Gewalt und großen Opfern unter der Bevölkerung einhergehende Niederwerfung der Tamil Tigers in Sri Lanka ist das jüngste Beispiel hierfür.<sup>54</sup> Unterschiedliche Maßnahmen und Wege, die von brutaler Unterdrückung bis hin zu politischen Arrangements zur Teilung der Macht reichen, können die Beendigung eines Aufstandes herbeiführen.<sup>55</sup> Keineswegs überwältigend ist die empirische Evidenz, auf die Vertreter der COIN-Doktrin ihren Anspruch stützen können, das Patentrezept für eine erfolgreiche Aufstandsbekämpfung gefunden zu haben. Das zeigt der Blick auf die insgesamt recht wenigen Studien, die nicht einzelne ausgewählte Fälle in den Blick nehmen, sondern mit quantitativ-statistischen Methoden eine große Zahl von ihnen untersuchen. Zwar gibt es eine Menge an Literatur zum Thema Aufstandsbekämpfung, die in der Regel aber mit Defiziten behaftet ist: oft fehlt es an einem expliziten Forschungsdesign; die Fallauswahl wird nicht mit dem Argument des Zugewinns an kumulativem Wissen begründet; es werden Kausalbeziehungen aus dem Studium einzelner Fälle abgeleitet, konkurrierende Kausalmechanismen aber nicht diskutiert; die Probleme einer Verallgemeinerung der Folgerungen, die aus einzelnen Fällen gezogen wurden, werden nicht genügend reflektiert.<sup>56</sup>

Zunächst einmal: Aufstandsbekämpfung – das zeigt die historische Bilanz – ist ein Unterfangen mit unsicheren Erfolgsaussichten. Das gilt zumal für Interventionen externer Akteure. In neueren empirischen Studien werden unterschiedliche Erfolgsquoten ermit-

telt, was zum Teil damit zusammenhängt, wie jeweils Erfolg definiert wird. In einer vom Ansatz her soliden empirischen Studie<sup>57</sup> sind die Ergebnisse drei Kategorien zugeordnet: Sieg, Niederlage, Unentschieden. Wurde die Aufstandsbewegung militärisch niedergeschlagen oder endete der Krieg ohne politische Zugeständnisse an die Aufständischen, wird dies als Sieg gewertet. Musste eine Regierung den Forderungen der Aufständischen weitestgehend nachgeben, gilt dies als Niederlage. Trat eine Art Pattsituation ein, in der es zu Arrangements über die Teilung der Macht oder die Gewährung von Autonomie für eine Region kam, dann wird der Fall der dritten Kategorie zugerechnet.

Untersucht wurden insgesamt 286 Aufstände zwischen 1800 und 2005 mit mehr als 1000 Toten (und mindestens 100 Toten auf jeder Seite), in denen die Aufständischen eine Guerillataktik verfolgten. Bis zum Ersten Weltkrieg besiegten die Großmächte der damaligen Zeit Aufstandsbewegungen in vier Fünftel, nach dem Ersten Weltkrieg aber nur noch in zwei Fünftel der Fälle; für andere Staaten hatten die Anteile eine ähnliche Größenordnung. Zwischen 1976 und 2005 war die Aufstandsbekämpfung nur noch in rund 25 Prozent der Fälle erfolgreich. Wie ist die abnehmende Erfolgsrate zu erklären? In der Studie wird argumentiert, die seit dem Ersten Weltkrieg zunehmende Mechanisierung der Armeen und die damit einher-

<sup>54</sup> Siehe Lionel Beehner, »What Sri Lanka Can Teach Us about COIN«, in: *Small Wars Journal*, (27.8.2010); Niel A. Smith, »Understanding Sri Lanka's Defeat of the Tamil Tigers«, in: *Joint Forces Quarterly*, 59 (2010) 4, S. 40–44.

<sup>55</sup> Siehe Paul Staniland, »How Do Counterinsurgencies End?«, 25.6.2010, <[www.themonkeycage.org/StanilandMonkeyCage.pdf](http://www.themonkeycage.org/StanilandMonkeyCage.pdf)> (Zugriff am 6.12.2010).

<sup>56</sup> Siehe Kersti Larsdotter, *The Study of Counterinsurgency: Some Critical Reflections*, Paper presented at the 2010 ISA Annual Convention, New Orleans, February 17–20, 2010.

<sup>57</sup> Siehe Jason Lyall/Isaiah Wilson, »Rage against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars«, in: *International Organization*, 63 (Januar 2009) 1, S. 67–106. – Gemeint in der Kriegsforschung war lange die These, Demokratien täten sich besonders schwer mit COIN und hätten eine ausgeprägte Neigung, COIN-Kriege zu verlieren. Denn die Öffentlichkeit in Demokratien reagiere empfindlich auf Verluste in lange sich hinziehenden Kriegen; Medien berichten offen über den Krieg und seine Kosten, die Politiker sind den Wählern verantwortlich. Vergleicht man jedoch die Erfolgsrate von Demokratien und Nicht-Demokratien anhand der auch in der gerade zitierten Studie untersuchten 286 Aufstände in den Jahren zwischen 1800 und 2005, dann zeigt sich, dass die demokratische Verfasstheit eines »Aufstandsbekämpfers« faktisch keine Auswirkung auf den Ausgang oder die Länge eines COIN-Krieges hatte. Siehe Jason Lyall, »Do Democracies Make Inferior Counterinsurgents? Reassessing Democracy's Impact on War Outcomes and Duration«, in: *International Organization*, 64 (Winter 2010), S. 167–192.

gehende Änderung der Streitkräftestruktur im Sinne einer Verringerung des Anteils der Infanterie hätten dazu geführt, dass Kontakte und Interaktionen mit der Bevölkerung seltener wurden – und damit reduzierte sich auch die Möglichkeit, Informationen unter der Bevölkerung zu sammeln. Die Bekämpfung einer Guerillabewegung bedürfe jedoch einer Fülle von Informationen, um die Aufständischen überhaupt als solche zu identifizieren. Verfechter der COIN-Doktrin können sich von dieser Untersuchung zumindest in der Forderung nach mehr »boots on the ground« und einer größeren physischen Nähe der Soldaten zur Bevölkerung bestätigt sehen. Eine Besatzungsmacht hat aber im Vergleich zu einheimischen Kräften – das zeigt die statistische Auswertung deutlich – einen »besonderen Nachteil« bei der Bekämpfung einer Guerillabewegung.

In einer anderen Studie werden 66 Fälle aus dem 20. Jahrhundert untersucht, in denen eine auswärtige Macht eine zentrale Autorität im Kampf gegen eine Aufstandsbewegung unterstützte (einschließlich jener Fälle, in denen eine Metropole die von ihr eingesetzte Kolonialregierung verteidigte). Die Resultate werden nur nach dem unmittelbaren militärischen Erfolg und Misserfolg bewertet, nicht jedoch nach dem längerfristigen politischen Erfolg. Ein zu hohen Kosten errungener militärischer Sieg kann am Ende jedoch politisch erfolglos sein; so wird der französische Kampf gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung als militärischer Sieg verbucht – auch wenn sich Frankreich schließlich aus Algerien zurückzog. Das Ergebnis dieser Untersuchung lautet: Insgesamt war in 40 Fällen (61 Prozent) der Aufstandsbekämpfer erfolgreich. Differenziert man zeitlich zwischen der Phase von 1899 bis Ende des Zweiten Weltkriegs und der Phase danach, so ergibt sich folgendes Bild: Die Erfolgsrate betrug in der ersten Periode 73 Prozent (24 von 33 Fällen), in der zweiten 48 Prozent (16 von 33 Fällen). In der Studie wird auch der Frage nachgegangen, ob die Erfolgsrate anstieg, wenn die auswärtige Macht ihre Vorgehensweise im Sinne einer »hearts and minds«-Strategie modifizierte. In 20 Fällen nach 1945 veränderte eine auswärtige Macht ihren Ansatz, indem sie weniger auf Gewalt und Einschüchterung als auf Entwicklung und Sicherheit setzte (wobei auch solche Fälle in die Kategorie »hearts and minds« aufgenommen wurden, in denen die Bevölkerung zu ihrem Schutz, aber vor allem zur Isolierung der Aufständischen umgesiedelt wurde). In diesen Fällen betrug die Erfolgsquote 66 Prozent. Anhand dieser Zahlen lässt sich zumindest sagen, dass die Erfolgswahr-

scheinlichkeit ein wenig steigt, wenn ein solcher Strategiewandel eingeleitet wird.<sup>58</sup>

Eine jüngst erschienene RAND-Studie bekräftigt auf den ersten Blick in der Tendenz dieses Ergebnis.<sup>59</sup> Untersucht wurden dreißig Counterinsurgency-Fälle mit Blick auf die Bedingungen erfolgreicher Aufstandsbekämpfung. Diese Bedingungen werden in den spezifischen Praktiken der Aufstandsbekämpfung lokalisiert; dabei werden zwanzig Ansätze unterschieden und diese wiederum – aufbauend auf der Auswertung der COIN-Literatur und einer vorläufigen Datenauswertung – in »gute« und »schlechte« unterteilt. Die Aussagekraft der Studie wird durch einige methodische Mängel gemindert, darunter eine nicht repräsentative Fallauswahl und der fehlende Nachweis wirklicher Kausalbeziehungen zwischen Praktiken und Ergebnis, aber auch durch die Tatsache, dass in nur drei Fällen der »principal COIN actor« eine auswärtige Macht war. Die Autoren der Studie räumen daher selbst ein, dass ihre Ergebnisse nicht ohne weiteres auf jene Fälle übertragbar sind, in denen die USA COIN betreiben. Das gelte zumal, da Reformbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Regierung eines betroffenen Landes von enormer Bedeutung seien.

<sup>58</sup> Siehe Andrew J. Enterline/Joseph C. Magagnoli, *Reversal of Fortune? Strategy Change and Counterinsurgency Success by Foreign Powers in the Twentieth Century*, unveröffentlichtes Papier, 29.1.2010, <[www.psci.unt.edu/enterline/em-freshlook-v58-identified.pdf](http://www.psci.unt.edu/enterline/em-freshlook-v58-identified.pdf)> (Zugriff am 7.12.2010).

<sup>59</sup> Christopher Paul/Colin P. Clarke/Beth Grill, *Victory Has a Thousand Fathers: Sources of Success in Counterinsurgency*, Santa Monica: RAND, 2010. Zur Kritik siehe Joshua Rovner/Tim Hoyt, *There's No Checklist for Counterinsurgency*, 18.11.2010, <[http://afpak.foreignpolicy.com/posts/2010/11/18/theres\\_no\\_checklist\\_for\\_counterinsurgency](http://afpak.foreignpolicy.com/posts/2010/11/18/theres_no_checklist_for_counterinsurgency)> (Zugriff am 9.12.2010). Eine RAND-Studie, in der 89 »insurgencies« seit 1934 mit quantitativen und qualitativen Methoden untersucht werden, kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass in fast allen Fällen die Bekämpfung der Aufstandsbewegung nur erfolgreich gewesen sei, wenn der (neo-) klassische COIN-Ansatz verfolgt wurde. Wie sich dieses Ergebnis aus der methodischen Durchführung der Untersuchung ableiten und plausibel machen lässt, wird nicht recht deutlich – zumal darauf hingewiesen wird, dass sich Aufständische auch auf anderem Weg besiegen ließen und extreme Repression sehr effektiv sein könne. Siehe Ben Connable/Martin C. Libicki, *How Insurgencies End*, Santa Monica: RAND, 2010.

## Fazit

COIN ist nach eigenem Anspruch weit mehr als eine Militärdoktrin; doch die zivile Seite bleibt unterbelichtet, sicher auch, weil es dafür keine entsprechende Community und Bürokratie wie auf militärischer Seite gibt. Counterinsurgency und andere komplexe Operationen erfordern einen umfassenden Ansatz und ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Mitteln; doch an den zivilen Fähigkeiten fehlt es nicht nur in den USA noch immer.<sup>60</sup> Da die vor allem vom amerikanischen Militär offensiv propagierte COIN-Doktrin vermeintlich bewährte Leitlinien für die erforderlichen operativen und taktischen Maßnahmen in Afghanistan liefert,<sup>61</sup> wirkt sie im Rahmen der Nato sozialisierend auf die Streitkräfte auch jener Mitgliedstaaten, denen der COIN-Ansatz bislang fremd war.<sup>62</sup> Die von ISAF erklärtermaßen in Afghanistan verfolgte COIN-Strategie beruht ihrer Logik nach im Kern auf zwei Erwartungen: zum einen, dass die Taliban wenn nicht besiegt, so doch derart geschwächt werden können, dass sie keine Gefahr für die Stabilität eines afghanischen Staatswesens mehr darstellen; zum anderen, dass ein rechenschaftspflichtiger, effektiver und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als legitim

<sup>60</sup> Siehe Hans Binnendijk/Patrick M. Cronin (Hg.), *Civilian Surge: Key to Complex Operations*, Washington, D.C.: National Defense University, 2009.

<sup>61</sup> Ausgehend von der Annahme, dass die Bevölkerung und ihre Einstellungen im Fokus aller militärischen Aktivitäten im Rahmen von COIN stehen sollten, lassen sich auf dieser Ebene in der Tat einige »best practices« bestimmen. Siehe Kalev I. Sepp, »Best Practices in Counterinsurgency«, in: *Military Review*, (Mai–Juni 2005), S. 8–12. Zu der Problematik, dass diese aus einigen Erfolgsfällen abgeleiteten »Lehren« zu einem Patentrezept erhoben werden, das in anders gelagerten Fällen dann nicht passt, siehe Kelly M. Greenhill/Paul Staniland, »Ten Ways to Lose at Counterinsurgency«, in: *Civil Wars*, 9 (Dezember 2007) 4, S. 402–419.

<sup>62</sup> Zu Nato und COIN siehe Christopher M. Schnaubelt (Hg.), *Counterinsurgency: The Challenge for Nato Strategy and Operations*, Rom: Nato Defense College, November 2009; Jens Ringsmose/Peter Dahl Thruelsen, *Nato's Counterinsurgency Campaign: Are Classical Doctrines Suitable for Alliances?*, Madrid: Universidad Complutense de Madrid, 2010 (UNISCI Discussion Papers, Nr. 22), S. 56–77; zu COIN und Bundeswehr siehe insbesondere auch Philipp Münch, »Counterinsurgency« in der Bundeswehr: Konzeption, Interpretation und Praxis«, in: *S&F. Sicherheit und Frieden*, i.E.

angesehener Staat aufgebaut werden kann. Gerade in Afghanistan zeigt sich insofern, wie sehr COIN als politisches Denksystem, das in den Erfahrungen und Interessen militärischer Organisationen wurzelt und der strategisch notwendigen Reduzierung von Komplexität dient, einen weit über das Militärische hinausgehenden Gestaltungsanspruch hat. Doch dieser dürfte nicht nur in der afghanischen Realität jede politische Steuerungsfähigkeit auf das Äußerste strapazieren, wenn nicht gar völlig überfordern.<sup>63</sup> COIN ist – das sollte die Analyse der fragwürdigen Prämissen und der strategischen Dilemmata sowie der Blick auf die empirische Evidenz deutlich gemacht haben – ein überaus problematisches politisches Konzept.

## Abkürzungen

COIN	Counterinsurgency
COMISAF	Commander International Security Assistance Force
INEF	Institut für Entwicklung und Frieden (Gerhard-Mercator-Universität Duisburg)
ISAF	International Security Assistance Force (Afghanistan)
Nato	North Atlantic Treaty Organization
OPLAN	Operations Plan
UNISCI	Unidad de Investigación sobre Seguridad y Cooperación Internacional (Madrid)

<sup>63</sup> Wie das im folgenden Zitat sehr deutlich wird; »In short, it [COIN] requires – [...] – a degree of political intelligence and foresight worthy of Rousseau's Lawgiver, a degree of provision for human needs worthy of the farthest reach of the communist imaginary, a degree of stabilization through governance worthy of Thomas Hobbes or perhaps Immanuel Kant, an ability to »decipher cultural narratives« worthy of a trained ethnographer, and an ability to manipulate these narratives worthy of Platon.« (Wendy Brown, in: »The New U.S. Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual as Political Science and Political Practice: Review Symposium«, in: *Perspectives on Politics*, 6 [Juni 2008] 2, S. 354–357 [354].)